



## Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Bachtiosin

Telefon: (0221) 22129725

E-Mail: leyla.bachtiosin@stadt-koeln.de

Datum: 22.03.2023

## Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 17.01.2023, 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

## Anwesend waren:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Tayfun Keltek	SPD Liste
Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Dr. John Akude	CDU
Mechthild Böll	Auf Vorschlag der Grünen
Mario Michalak	GRÜNE
Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Martin Erkelenz	CDU
Werner Marx	CDU
Claudia Brock-Storms	SPD
Lukas Lorenz	SPD
Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Katja Hoyer	FDP
Isabella Venturini	Volt
Alparslan Babaoglu-Marx	SPD Liste
Turan Özküçük	SPD Liste
Gönül Topuz	SPD Liste
Christopher Twagiramungu Mugabowindekwe	SPD Liste
Dorsa Billstein	Grün Offene Liste
Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Aydik Abdullah	DEIN KÖLN
Vivian Berhane	

Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Luca Paglia	Italia Integra
Eugenie Rempel	HEIMAT-Rodina
Carine Weber	Kölner Verbund der Migrantenorganisationen
Ali Esen	Liste Güven
Fardad Hooghoughi	Liberale Vielfalt
Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber Gonzales Tejon

### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Sigita Gelbach	SPD
Maria Despina Fotiadou	Offene Liste Orthodoxe Christen Köln

### **Beratende Mitglieder**

Uellenberg van Dawen	Runder Tisch für Integration
Herr Claus-Ulrich Pröbß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.

### **Verwaltung**

Bettina Baum	Leiterin des Amtes für Integration und Vielfalt
Christina Boeck	Leiterin des Ausländeramtes
Heike Kerscher	Leiterin des Amtes für Wohnungswesen
Sigrit Ortmann	Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums
Andreas Vetter	Geschäftsführung Integrationsrat
Leyla Bachtiosin	Schriftführung – Geschäftsstelle Integrationsrat

### **Entschuldigt fehlen:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Antonietta Abbruscato	SPD Liste
Jaroslav Bak	Grün offene Liste

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und wünscht allen ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr sowie enge, vertrauliche und solidarische Zusammenarbeit. Im Namen des Gremiums werden ganz herzlich Frau Ortmann, als neue Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, und Frau Boeck, als neue Leiterin der Ausländerbehörde, willkommen geheißen.

**Sigrit Ortmann** stellt sich als neue Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums vor.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** informiert, dass am 19.01.2023 um 11:00 Uhr in der Probsteigasse 44 eine Gedenktafel angebracht werde, an einem Ort, an dem NSU auf eine iranischstämmige Familie ein Attentat verübt habe. Alle IR Mitglieder seien herzlich eingeladen und gebeten im Rahmen des Integrationsrates teilzunehmen.

Nachträglich aufgenommene Tagesordnungspunkte werden vorgestellt:

- TOP 1.1 Beschlussvorlage 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024
- Zu TOP 3.3 Beantwortung einer Anfrage zur Situation der Ausländerbehörde
- Zu TOP 3.4 Beantwortung der Anfrage zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
- Zu TOP 3.5 Beantwortung einer Nachfrage zu Sozialpsychiatrischen Zentren
- TOP 5.5 Mitteilung Welcome-Center für geflüchtete Menschen aus der Ukraine
- TOP 5.6 Mitteilung Berichte zur Situation Geflüchteter
- TOP 8.3 Beschlussvorlage Verteilung rassismuskritischer Projektmittel 2023 - 1. Schritt
- TOP 8.4 Beschlussvorlage Strukturförderfonds 2023 / 2024 zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges
- TOP 8.5 Beschlussvorlage Änderung der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren
- TOP 8.6 Beschlussvorlage Verteilung der Mittel zur Förderung von anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2023

**Die Mitglieder des Integrationsrates** bitten aufgrund der Kurzfristigkeit sowie des Diskussionsbedarfs TOP 3.3, TOP 5.6 und TOP 8.4 in die nächste Sitzung zu verschieben.

**Die Verwaltung, Bettina Baum**, erläutert, dass es Ziel der Verwaltung sei schnell eine politische Beschlussfassung herbeizuführen, damit die Träger Anträge stellen und möglichst schnell die Mittel ausgezahlt werden könnten.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** plädiert dafür, den TOP 8.4 in die Tagesordnung aufzunehmen und zu beschließen.

**Die Mitglieder des Integrationsrates** stimmen mehrheitlich zu, den TOP 8.4 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die TOP 3.3 und TOP 5.6 werden zurückgestellt.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die aktualisierte Tagesordnung an.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 1.1 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024  
4117/2022
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen**
- 3.1 Anfrage zum Einbürgerungsverfahren  
AN/1916/2022  
  
Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zum Einbürgerungsverfahren  
(AN/1916/2022)  
3786/2022
- 3.2 Anfrage zum aktuellen Stand DOMID und Halle 71  
AN/1984/2022  
  
Beantwortung einer Anfrage der Grün offene Liste Migration (GOL) betreffend  
"Aktueller Stand DOMiD und Halle 71 (Anfrage AN/1984/2022)"  
3790/2022
- 3.3 Anfrage zur Situation in der Ausländerbehörde: Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter  
AN/2015/2022  
  
"Situation in der Ausländerbehörde: Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter"  
Beantwortung der Anfrage der SPD Liste / SPD-Fraktion (AN/2015/2022)  
0097/2023
- 3.4 Anfrage zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln –  
Mitteilung 1468/2022  
AN/2016/2022  
  
Beantwortung der Anfrage zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln  
0156/2023

- 3.5 Nachfrage zu einer Beantwortung des Gesundheitsamtes zu Sozialpsychiatrischen Zentren  
AN/2017/2022

AN/2017/2022, Nachfrage zu einer Beantwortung des Gesundheitsamtes zu Sozialpsychiatrischen Zentren  
0048/2023

**4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

**5 Mitteilungen**

- 5.1 Bildungsmonitoring: Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, Stand 2021/22  
3668/2022

- 5.2 Bundesprogramm Sprach-Kitas 2022  
3760/2022

- 5.3 Weiteres Bevölkerungswachstum in Köln bis zum Jahr 2050  
Bevölkerungsprognose für Köln 2022 bis 2050 – mit kleinräumigen Berechnungen bis 2035  
3926/2022

- 5.4 Resümee zum Bundesprogramm Kita-Einstieg in Köln  
3773/2022

- 5.5 Welcome-Center für geflüchtete Menschen aus der Ukraine am Hauptbahnhof Köln  
0051/2023

- 5.6 Berichte zur Situation Geflüchteter  
0060/2023

**6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 6.1 Antrag zur Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-/Antidiskriminierungsarbeit - Filmproduktion „Zeitzeug\*innen der NSU-Anschläge in Köln  
AN/0002/2023

- 6.2 Antrag zur Berücksichtigung der meistgesprochenen Sprachen in den Kölner Museen  
AN/0004/2023

## **7 Berichte**

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

## **8 Beschlussvorlagen**

8.1 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln  
3238/2022

8.2 Verteilung der Fördermittel 2023 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit"  
3753/2022

8.3 Verteilung rassismuskritischer Projektmittel 2023 - 1. Schritt  
4282/2022

8.4 Strukturförderfonds 2023 / 2024  
hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates V – Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt der Stadt Köln zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023  
4259/2022

8.5 Änderung der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren – hier: Anlage 4 (Förderungshöhe)  
4268/2023

8.6 Verteilung der Mittel zur Förderung von anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2023  
4287/2023

## **9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

1.1 2. Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen  
3829/2022

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 1.1 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024  
4117/2022**

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt für die Jahre 2023 und 2024 die in der Anlage dargestellte Verteilung des „Integrationsbudget“ in einer Gesamthöhe von 2.011.521,93 € brutto für das Haushaltsjahr 2023 und in einer Gesamthöhe von 2.025.526,01 € brutto für das Haushaltsjahr 2024.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (2023: 200.000 €; 2024: 200.000 €) und in der Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen (2023: 1.811.521,93 €; 2024: 1.825.526,01€) im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei zwei Enthaltungen.

- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen**
- 3.1 Anfrage zum Einbürgerungsverfahren  
AN/1916/2022**

### **Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zum Einbürgerungsverfahren (AN/1916/2022) 3786/2022**

**IRM Turan Özküçük** hält fest, dass sich das Gremium und die Verwaltung in Bezug auf die Ist-Situation einig seien. Es fehlten wichtige Informationen, wie etwa der Zeitrahmen bzw. welche Maßnahmen genau ergriffen werden sollten.

**Die Verwaltung, Christina Boeck**, erklärt, dass im letzten Jahr unter Berücksichtigung der erhöhten Bedarfslage drei neue Stellen geschaffen worden seien. Aktuell werden konkrete Gesetzesänderungen von der Bundesregierung ausgearbeitet, welche die Verwaltung aber in der genauen Ausführung in den Gesetzestexten noch nicht kenne. Aus diesem Grund fallen die Bedarfsanalysen erstmal sehr grob aus.

Das Thema sei bereits im Dezernat als auch im Personalamt platziert. Die Verwaltung berate sich auch mit den vertretenden Organisationen zu der Frage, wie die Verfahren verschlankt werden können. Es werde sowohl eine Verfahrensänderung als auch eine

Personalzusetzung geben. Die Verwaltung werde erst detailliert informieren können, sobald konkrete Ergebnisse vorliegen.

**IRM Turan Özkücük** regt an, eine Mitteilung zu formulieren, um den wartenden Menschen das Warten zu erleichtern. Die Briefe, die an die Menschen geschrieben werden, seien sehr nüchtern und einer Stadt, die eine Willkommensbehörde haben wolle, nicht gerecht. So sei es jetzt schon machbar, die entsprechenden Briefe freundlicher zu gestalten, um die Verspätungen zu entschuldigen usw.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** betont in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung der Sprache, um die Menschen, die eingebürgert bzw. neue Bürger\*innen werden sollen, von Anfang an für unsere Gesellschaft zu gewinnen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, willkommen zu sein. Da die Einbürgerungen eindeutig im Interesse des Landes seien, gebe es für die Ausländerbehörde die Möglichkeiten, entsprechende Stellen zu beantragen und zu bekommen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3.2 Anfrage zum aktuellen Stand DOMID und Halle 71 AN/1984/2022**

**Beantwortung einer Anfrage der Grün offene Liste Migration (GOL) betreffend "Aktueller Stand DOMID und Halle 71 (Anfrage AN/1984/2022)"  
3790/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3.3 Anfrage zur Situation in der Ausländerbehörde: Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter AN/2015/2022**

**"Situation in der Ausländerbehörde: Rückstandsabbau und Vorbereitung Einbürgerung syrischer Geflüchteter"  
Beantwortung der Anfrage der SPD Liste / SPD-Fraktion (AN/2015/2022)  
0097/2023**

Die Behandlung der Beantwortung wurde zurückgestellt.

### **3.4 Anfrage zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln – Mitteilung 1468/2022 AN/2016/2022**

**Beantwortung der Anfrage zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln  
0156/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.



**3.5 Nachfrage zu einer Beantwortung des Gesundheitsamtes zu Sozialpsychiatrischen Zentren  
AN/2017/2022**

**AN/2017/2022, Nachfrage zu einer Beantwortung des Gesundheitsamtes zu Sozialpsychiatrischen Zentren  
0048/2023**

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** regt an, dass sich der Facharbeitskreis 4 – Gesundheit, Soziales und Senior\*innen mit der Beantwortung befasse.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

**5 Mitteilungen**

**5.1 Bildungsmonitoring: Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, Stand 2021/22  
3668/2022**

**RM Mechthild Böll** weist darauf hin, dass der Förderbedarf bei den Kindern mit nicht deutschem Pass deutlich gestiegen sei. Betrachte man alle Kinder, sei der Förderbedarf bei 8,9 % gleich geblieben, bei ausländischen Kindern sei dieser von 14,1 % auf 14,6 % gestiegen und insbesondere im Bereich mit Förderschwerpunkt Lernen von 6,4% auf 7%. Frau Böll regt an, darüber nachzudenken, wie dem entgegengewirkt werden könne, das sei insbesondere dem diagnostischen Verfahren, mit dem Kinder eingestuft werden, und weiteren schlechten Integrationsmaßnahmen geschuldet. Das Thema werde auch im Schulausschuss und im Jugendhilfeausschuss besprochen.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** ergänzt, dass ihm dieses Vorgehen bekannt sei, denn auch in der Vergangenheit habe man dazu geneigt, Kinder mit internationaler Familiengeschichte aus sprachlichen oder aus kulturellen Gründen in die Förderprogramme zu überführen. Es bleibe eine wichtige Aufgabe dieses Gremiums darauf besonders zu achten und hierzu wiederholt nachzufragen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 Bundesprogramm Sprach-Kitas 2022  
3760/2022**

**IRM Dorsa Billstein** spricht ein Lob für das Bundesprogramm aus, die GOL begrüße das Programm sehr und freue sich, dass 79 Kitas in Köln daran teilnehmen würden, sowie über die Verlängerung für das Jahr 2023.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** berichtet, dass die Bundesländer die Finanzierung dieses Programm im nächsten Jahr übernehmen sollen. Der Landesintegrationsrat werde sich auf Wunsch des Integrationsrates der Stadt Köln für dieses Thema einsetzen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3 Weiteres Bevölkerungswachstum in Köln bis zum Jahr 2050  
Bevölkerungsprognose für Köln 2022 bis 2050 – mit kleinräumigen Berechnungen bis 2035  
3926/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 Resümee zum Bundesprogramm Kita-Einstieg in Köln  
3773/2022**

**Der Vorsitzende Tayfun Herr Keltek** fragt nach, inwiefern aus diesem Programm auch Erfahrungen und damit ein Mehrwert für die Allgemeinheit erkannt wurde. Es sei problematisch, wenn ausschließlich die vier ausgewiesenen Tageseinrichtungen profitiert hätten ohne dass zugleich ein Erkenntnisgewinn für die allgemeinen Kindergärten abgeleitet werden könne.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.5 Welcome-Center für geflüchtete Menschen aus der Ukraine am Hauptbahnhof Köln  
0051/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 Berichte zur Situation Geflüchteter  
0060/2023**

Die Behandlung der Mitteilung wurde zurückgestellt.

**6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**6.1 Antrag zur Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-/Antidiskriminierungsarbeit - Filmproduktion ‚Zeitzeug\*innen der NSU-Anschläge in Köln  
AN/0002/2023**

*Der Integrationsrat bittet den Rat um folgenden Beschluss:*

*Der Rat beschließt die Verwendung von je 22.500 € für die „Filmproduktion ‚Zeitzeug\*innen der NSU-Anschläge in Köln‘ inkl. Technikkosten etc.“ für die Jahre 2023 und 2024 aus dem Fördertopf Antirassismus-/ Antidiskriminierungsarbeit. Die produzierten Filminterviews mit den Überlebenden des Nagelbombenanschlages sollen jeweils am Jahrestag 9. Juni der Öffentlichkeit präsentiert werden.*

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **6.2 Antrag zur Berücksichtigung der meistgesprochenen Sprachen in den Kölner Museen AN/0004/2023**

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** informiert, dass der Antrag aus dem Facharbeitskreis 1 – Kultur und Sport komme.

**IRM Vivian Berhane** begrüßt den Antrag als grundsätzlich unterstützenswert für die Willkommenskultur des Kölner Kulturlebens. In diesem Zusammenhang bittet sie die Sprache Tigrinya mit aufzunehmen, eine Sprache, die in der Kölner Stadtgesellschaft von der eritreischen und der äthiopischen Migrationsgruppe gesprochen werde.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** erläutert, dass im Antrag eine Mindestanzahl von in Köln mehrheitlich gesprochenen Sprachen genannt sei, selbstverständlich sollten alle Sprachen Anerkennung finden.

**IRM Anna Maria Klimaszewska-Golan** informiert als Initiatorin des Antrags zur Einführung der meist gesprochenen Sprachen in Kölner Museen, dass aus dieser Idee unter anderem auch der Antrag entstanden sei, die Webseite der Ausländerbehörde sowie anschließend auch die Webseite der Stadt Köln, in verschiedene Sprachen zu übersetzen. Köln als eine internationale und vielfältige Stadt, die den Europäischen Preis für die Integration und Vielfalt gewonnen habe, brauche das entsprechende Sprachenangebot in den Museen nicht nur für Tourist\*innen, sondern insbesondere auch für die 450.000 Bürger\*innen mit internationaler Familiengeschichte.

**IRM Turan Özkücük** erläutert, dass die einzelnen Sprachen im Antrag nur beispielsweise genannt werden. Es werde der Verwaltung überlassen, die einzelnen Sprachen nach den Mehrheitsverhältnissen in der Bevölkerung zu bestimmen.

**RM Mario Michalak** weist darauf hin, dass es in Köln auch Sprachen gebe, die sich durch Dialekte oder verschiedenen Akzente weiter aufteilen. Beispielsweise habe die Stadt Bürger\*innen, die Farsi sprechen, gleichzeitig gebe es einen großen Anteil der Bevölkerung, die aus Afghanistan komme und das sehr verwandte Dari spreche, wobei sowohl die persisch als auch afghanisch stammende Bevölkerung Farsi verstehe. Eine entsprechende Differenzierung sei wichtig, um zusammenfassen zu können, was unter die ‚meist gesprochenen Sprachen‘ falle.

**Die Verwaltung, Bettina Baum**, nimmt den Auftrag an, bis zur nächsten Sitzung des Integrationsrates zu beantworten, wie die Zusammensetzung der Kölner Stadtgesellschaft hinsichtlich der Herkunft der Sprachen sei bzw. welche Sprachen zu den in Köln tatsächlich meist gesprochenen Sprachen zählen.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** begrüßt diese Idee, denn so könne das Gremium ein umfassenderes Bild über die Menschen erlangen, das es vertrete.

**Das beratende Mitglied Claus-Ulrich Pröiß** weist darauf hin, dass die Notwendigkeit, eine Homepage in der eigenen Sprache lesen zu können, in erster Linie diejenigen Menschen betreffe, die neu in der Stadt ankommen seien. Das verzerre das Bild auf die meist gesprochenen Sprachen und die Sprachdiskussion müsse sich auch daran orientieren, welche Nationalitäten insbesondere in den letzten Jahren in Köln neu angekommen seien.

**RM Mario Michalak** schlägt vor, den Beschluss zu verändern, indem hinter „Niederländisch“ der Zusatz „und weitere Sprachen“ hinzugefügt wird.

**Beratendes Mitglied Wolfgang Uellenberg van Dawen** informiert, dass der Museumsdienst der Stadt Köln für bestimmte Führungen bzw. Sonderausstellungen ein

Angebot in Sprachen vorhalte, die nicht zentral von den einzelnen Museen selbst angeboten werden. Es bestehe die Möglichkeit den Museumsdienst zu beauftragen, für bestimmte Sprachgruppen auch externe Führer\*innen bereitzustellen bzw. für bestimmte Sprachgruppen Führungen durchzuführen.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** weist darauf hin, dass jedes Museum über die Sprachverwendung selbst entscheide. In Köln gebe es mehr als 150 Sprachen, somit würden nicht alle berücksichtigt werden können. Der Antrag macht deutlich, dass über die wichtigen Weltsprachen Englisch und Französisch hinaus, auch die meist gesprochenen Sprachen in Köln bedient werden sollen. Das sei die Anerkennung der ethnischen Herkunft der Menschen, die in Köln leben und eine Wertschätzung ihrer Sprachen.

Nach weiterer Aussprache lässt der **Vorsitzende Tayfun Keltek** über den Antrag abstimmen. Der Antrag wird mit einer Änderung einstimmig beschlossen.

**Beschluss:**

Die städtischen Museen werden gebeten, nach Möglichkeit die Sprachen der in Köln stark vertretenen Gruppen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte (insbesondere die Sprachen Türkisch, Polnisch, Arabisch, Italienisch, Russisch *und weitere Sprachen*) auf ihren Webseiten, den Ausstellungserläuterungen (z.B. per QR Code für das Handy) sowie auf ihren Flyern zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei einer Enthaltung.

## **7 Berichte**

### **7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

### **7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** berichtet von der Mitgliederversammlung, die Ende des Jahres mit der Ministerin Frau Paul stattgefunden habe, und bedankt sich ganz herzlich bei allen Delegierten, die nach Bielefeld gefahren und teilgenommen haben.

## **8 Beschlussvorlagen**

### **8.1 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln 3238/2022**

**RM Claudia Brock-Storms** verweist auf einen Brief der Christlich-Jüdischen Gesellschaft, der auch in den Ratsfraktionen verteilt worden sei. Darin seien insbesondere Formulierungen in dem Teil zur Städtepartnerschaften mit Bethlehem und Tel-Aviv kritisiert worden, die als grenzwertig zu beschreiben seien. In diesem Zusammenhang richte sie die Frage an die Verwaltung, ob hierzu eine Ergänzung erfolgen werde bzw. ob diese Kritik überhaupt an die Verwaltung weitergegeben worden sei. Die Ratsmitglieder der Fraktion werden sich andernfalls bei der Abstimmung enthalten.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Stadt Köln eine internationale Stadt mit Städtepartnerschaften überall in der Welt sei und es leben in Köln selbst viele Vertreter\*innen aus diesen Partnerstädten. In diesem Zusammenhang regt er an, dass die entsprechenden Städtepartnerschaften mit Un-

terstützung dieser in Köln wohnhaften Menschen gepflegt bzw. dass sie aktiv in die Entscheidungen und Diskussionen einbezogen werden.

**RM Lukas Erkelenz** liest folgenden Satz aus dem Brief vor: „Eine völlige Entgleisung ist der Begriff Narrativ in Bezug auf den Holocaust. Im Grunde unnötig zu wiederholen: Der Holocaust ist eine historische Tatsache, kein Narrativ.“ Es bestehe bei ihm Unsicherheit darüber, ob auch in dem jetzt zu beschließenden Bericht solche grenzwertigen Begriffe verwendet wurden.

**Das beratende Mitglied Wolfgang Uellenberg van Dawen** informiert, dass der Hintergrund ein in der ersten Fassung misslungener Versuch des OB Büros gewesen, eine kurze Darstellung des Nahostkonflikts zu geben. In diesem Zusammenhang wurde der Brief an die Oberbürgermeisterin geschrieben. Er habe den Prozess mitbegleitet und gehe davon aus, dass die dort hervorgebrachte Kritik berücksichtigt wurde. Eine Diskussion sei angesichts der besonderen Situation und der Verantwortung Deutschlands für den Holocaust schwierig, denn Holocaust sei kein Narrativ, es bleibe der einzige Zivilisationsbruch, auch wenn inzwischen andere diesen Begriff für sich nutzen wollen. Beide Partnerschaften seien wichtig.

**RM Lukas Lorenz** bittet die Verwaltung die beiden Punkte, die schon in dem offenen Brief der christlich-jüdischen Gesellschaft vom 06. Dezember 2022 genannt worden seien, in dem vorliegenden Bericht zu prüfen und zu ändern. Die Fraktion (SPD) enthalte sich in der Hoffnung, dass in den folgenden Ausschüssen, so verabschiedet werden kann, dass es für alle annehmbar sei.

**IRM Fardad Hooghoughi** schlägt vor, unter Vorbehalt der Streichung der Begrifflichkeit „Narrativ“, die abzulehnen sei, zuzustimmen.

**RM Katja Hoyer** findet die Beschlussvorlage ebenfalls schwierig und verweist darauf, dass diese zugleich im guten Glauben, dass die Änderungen vorgenommen würden, in bestimmten Ausschüssen bereits beschlossen worden sei, so zum Beispiel im Jugendhilfeausschuss. Sie plädiert dafür, da nicht alle 200 Seiten von den Mitgliedern kritisch gelesen worden seien, die Vorlage in Ruhe nochmal anzuschauen, damit die Entscheidungen bzgl. einzelner Begrifflichkeiten und Passagen auf einer guten Grundlage getroffen werden können. Aus diesem Grund beantrage sie, dass das Gremium die Vorlage ohne Votum weitergebe.

**IRM Lisa Khan** macht darauf aufmerksam, dass der Brief mit den kritisierten Begrifflichkeiten aus dem Jahr 2020 sei, die Beschwerden seien ernst genommen und inzwischen berücksichtigt worden, die Wörter (Narrativ, Siedlungen, Singularität usw.) seien im neuen Konzept nicht mehr enthalten.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** weist darauf hin, dass sich zwei Ausschüsse bereits mit der Vorlage befasst und beschlossen haben. Der Integrationsrat könne ohne Votum weitergeben. Ein weiterer Vorschlag sei es zu beschließen und mit diesem Diskussionsstand weiterzugeben. Da keine Einigkeit zu diesem Zeitpunkt erreicht werden könne, schlägt er vor, ohne Votum weiterzugeben.

Die Beschlussvorlage wurde ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Die Beschlussvorlage wurde ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **8.2 Verteilung der Fördermittel 2023 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit" 3753/2022**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushalts für die Jahre 2023/2024, von dem im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2023 veranschlagten Teilansatz „Z für Seniorenetzwerke, Offene Altenarbeit und Seniorenkoordination“ einen Teilbetrag von 2.495.836 €, wie in Anlage 1 und 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu verwenden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **8.3 Verteilung rassismuskritischer Projektmittel 2023 - 1. Schritt 4282/2022**

**IRM Turan Özkücük** betont, dass der Integrationsrat mit der Entscheidungsbefugnis auch die Verantwortung für die Verwendung dieser Gelder habe. Bei der zu beschließenden Vorlage sei eine Auflistung von 17 Projekten zu sehen, wo Name, Träger, Betrag sowie die Inhalte benannt seien. Dabei erfahre man nicht, wer diese Auswahl getroffen habe, mit welchem Recht und nach welchen Kriterien ausgewählt wurde. Zudem sei es nicht nachvollziehbar, ob eingereichte Anträge nicht berücksichtigt worden seien. Aus diesem Grund und nur damit die Gelder nicht blockiert werden, enthalte sich die SPD-Liste der Stimme. Er fordert eine Richtlinie und eine Beteiligung des Integrationsrates bei der Auswahl der Projekte, sollte dafür ein eigenes Gremium gebildet werden, so müsse der Integrationsrat dabei die Mehrheit haben.

**IRM Ahmet Edis** schlägt vor, in Zukunft zu benennen, wie viele Anträge eingereicht bzw. wie viel davon bewilligt wurden. Mit diesem Vorschlag verknüpfend fragt er nach der Zahl der gestellten Anträge insgesamt, da in der Vorlage nur die 17 bewilligten Anträge dargestellt seien.

Des Weiteren regt er an, ausgehend von den Richtlinien, die genauer anzuschauen seien, darauf zu achten, wer genau Anträge stelle. Dabei sei insbesondere die Struktur kleinerer Vereine, bspw. von den MSO, zu empowern und diese in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Liste enthalte noch relativ viele große Träger und diese verfügen über das Know-how, das Personal und andere Ressourcen, um erfolgreich Anträge stellen zu können. Wenn eine kleine MSO dabei sei, die originäre Antirassismuserbeit, rassismuskritische Arbeit mache, wo aber zugleich die Strukturen fehlten, sich umgehend mit der Förderlandschaft zu beschäftigen oder rechtzeitig Anträge einzureichen, bzw. diese auch sprachlich professionell zu gestalten, dann wäre es für den Integrationsrat sehr schade, wenn diese Initiativen, die sehr wichtig seien und die auch viele Milieus erreichen, den Zuschlag nicht bekommen.

**RM Dilan Yazicioglu** verweist darauf, dass die Vorlagen zu rassismuskritischen Projektmitteln nicht erst dieses Jahr entstanden seien bzw. es sei nicht das erste Mal, dass die Verwaltung dazu eine Beschlussvorlage zur Verteilung der Gelder vorlege. Seit 2022 gebe es zudem auch die Förderlinien, nach welcher die Verwaltung entscheide, welche Träger oder Vereine für eine Bezuschussung infrage kommen.

**Die Verwaltung, Bettina Baum**, informiert wie folgt. Seit Februar 2020 gebe es eine Richtlinie zur Förderung rassismuskritischer Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz. Diese Richtlinie sei durch den Rat entschieden worden, wie alle Förderrichtlinien, und sei damit Basis der Entscheidung für eine Förderung der Projekte. Dabei seien Größe und die Bekanntheit der Antragsteller\*innen ausdrücklich kein Entscheidungskriterium. In den letzten Förderphasen seien häufig von den gleichen Antragstellenden, also von den gleichen Institutionen, Organisationen oder Vereinen,

Anträge gestellt worden, sodass sich das Bild der Anträge in den letzten Jahren nicht besonders unterschieden habe. Insbesondere mit Blick auf die in diesem Jahr erhöhte Fördersumme von 150.000 Euro habe die Verwaltung nochmal die Informationen zu den Bewerbungsmöglichkeiten verstärkt, um auch ganz gezielt kleinere oder Erst-Antragstellende Vereine und Initiativen zu motivieren, Anträge zu stellen. Die Sichtung und die Auswahl zu den Forderungen erfolgen im Kommunalen Integrationszentrum, in dem Sachgebiet, in dem dieses Förderprogramm angesiedelt sei. Bei der Prüfung sei es der Verwaltung wichtig, dass überwiegend Angebote aufgenommen werden, die zur Stärkung und Vernetzung von Rassismus betroffener Menschen beitragen und auch Angebote fördern, die für weitere Interessierte, Multiplikator\*innen und Fachkräfte interessant seien. Die Verwaltung achte immer darauf, dass das Portfolio der dann geförderten Projekte unterschiedliche Zielgruppen und unterschiedliche Themen erfasse, wie zum Beispiel antischwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus. Die Verwaltung achte auch darauf, dass das Portfolio der Projekte und Maßnahmen unterschiedliche Zielgruppen berücksichtige, wie Kinder, Jugendliche, Senior\*innen, Frauen. Ein möglichst breites Spektrum an Themen sowie an Zielgruppen werde jeweils mit den Förderungen berücksichtigt. Dazu gehören auch verschiedene Formate wie Theater, Musik, Sport, Seminare, Austauschformate und so weiter.

In diesem Jahr seien insgesamt 34 Anträge eingegangen mit einem Antragsvolumen von insgesamt knapp über 300.000 Euro.

Zum nächsten Förderdurchgang möchte die Verwaltung gerne die Anregungen aufgreifen und das Verfahren transparenter gestalten. Dazu werde eine Matrix aus allen eingegangenen Anträgen zusammengestellt, damit der Integrationsrat eine bessere Einschätzung bekommen könne wie viele der eingegangenen Anträge tatsächlich beschieden werden konnten.

**RM John Akude** erinnert daran, dass hierzu in der letzten Sitzung angefragt wurde, welche Erkenntnisgewinne zu den bisher ausgegeben Geldern vorliegen, es interessiere nicht nur der Betrag, der für die rassismuskritische Arbeit zur Verfügung gestellt, sondern im Besonderen wie dieses Geld ausgegeben werde. Er plädiert dafür, die Abstimmung zu vertagen, bis hierzu klare Antworten vorliegen.

**IRM Turan Özkücük** erwidert, dass die Darstellung der Verwaltung bestätige, dass die Entscheidung die Verwaltung und nicht der Integrationsrat treffe. Der Wille des Integrationsrates sei aber, die Entscheidungsgewalt zu behalten. Es müsse überlegt werden, wie der Integrationsrat künftig in das Entscheidungsverfahren miteinbezogen werde.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltok** hebt hervor, es seien nur zwei Bereiche, bei denen der Integrationsrat eine abschließende Entscheidung treffe und damit auch eine große Verantwortung trage: Dies seien die Verteilung der Finanzmittel an die interkulturellen Zentren sowie die Verteilung der Antirassismuskittel. Gerade weil der Integrationsrat in diesem Bereich eine große Verantwortung habe, sollten hier die Mitglieder des Integrationsrates und die Verwaltung zusammenarbeiten. Darüber hinaus plädiert er dafür, eine Evaluation vor- bzw. neue Ideen aufzunehmen und weist darauf hin, dass ggfls. die Richtlinie zu überarbeiten sei.

**Die Verwaltung, Bettina Baum**, schlägt vor, die Richtlinie im Facharbeitskreis 5 – Allgemeine Rechtsfragen, interkulturelle Öffnung und Antidiskriminierung - vorzulegen und zu überprüfen, ob sie noch im Sinne des Gremiums sei. Sollte das Gremium den Eindruck haben, dass ein Änderungsbedarf bestehe, die Richtlinie ergänzt oder aktualisiert werden müsste, so sei das durchaus möglich. Die Verwaltung entscheidet nicht über die Auswahl der Projekte, sondern lege der Politik auf der Grundlage ihrer Fachlichkeit einen Beschlussvorschlag vor.

**IRM Lisa Khan** plädiert dafür, über die Beschlussvorlage zu befürworten, da darin viele zu den internationalen Wochen gegen Rassismus im März 2023 geplante Projekte enthalten seien. Die Vorstellung, mit den vorhandenen Projektmitteln Strukturen verändern zu können, sei ein Wunsch, aber mit diesen Mitteln absolut unrealistisch. Um tatsächlich strukturelle Veränderungen zu machen, müsste man viel mehr Geld in die Hand nehmen und gesetzliche Grundlagen ändern. Von 17 Projektstellenden seien 16 MSO mit strukturellen Bedingungen, die nicht denen von großen Organisationen entsprechen. Bei dem Wunsch mehr Empowerment-Räume zu schaffen, Safer Spaces für die Communities und für Menschen, die täglich von Rassismus betroffen sind, bleibe es leider eine Illusion zu glauben, dass mit kleinen Projekten struktureller Rassismus bekämpft werden könnte.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat Köln beschließt – in einem ersten Schritt für das Jahr 2023 - die Verteilung und Freigabe zur Förderung von Projekten der rassismuskritischen und antirassistischen Arbeit wie folgt:

Nummer	Antragsteller*in	Projekttitel	Fördersumme in Euro
1	Sophia Liu	„Rice and Roots“ Festival	10.000
2	Multikulturelles Forum e.V.	„ 21.03.2023 Internationaler Tag gegen Rassismus“ - Aktionstage des Kölner Forums gegen Rassismus	10.000
3	Integrationshaus e.V.	„Wie wollen und können wir uns erinnern?“	8.200
4	Pamoja Afrika e.V.	„B/OR/DER ST/OR/IES“	8.000
5	Küpe e.V.	Unity Cup - Sport gegen Rassismus	8.000
6	Alevitisches Kulturzentrum e.V.	„93“	7.000
7	Jama Nyeta e.V.	Mala Don - Kick Rassismus out of Kölle	7.000
8	Agisra e.V.	Gemeinsam gegen Rassismus	6.979
9	BüZe Ehrenfeld e.V.	Gadje-Rassismus begegnen	6.293
10	Aliadas e.V.	Aliadas für die Vielfalt	6.162
11	Mac e.V.	Geschichte des Kolonialismus am Beispiel Brasiliens	5.328
12	Familien-Welt e.V.	Ich und du - wir sind gleich und anders (Rassismussensibel und stark von klein auf)	5.000
13	Aktion Nachbarschaft e.V.	„Bocklemünd macht sich auf den Weg“  (Empowerment für Frauen mit Rassismuserfahrung und Sen-	5.000



		sibilisierung zur rassismuskritischen Arbeit für Fachkräfte)	
14	Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.	„MinDset+“: Rassismen von und gegen Muslim*innen in Deutschland erkennen und bewältigen.	4.330
15	Audiovita e.V.	Akzeptanz - jeden Tag!	3.000
16	Sonnenblumen Community Development Group e.V.	Theodor Wonja Michael Bibliothek	2.400
17	Caritasverband e.V.	Wettbewerb: „Dissen-mit mir nicht!“	1.735
<b>Gesamt</b>			<b>103.427</b>

Die Gesamtsumme der Förderungen für alle 17 Projekte der Antragstellenden beträgt 103.427 Euro.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei 10 Enthaltungen.

#### **8.4 Strukturförderfonds 2023 / 2024**

**hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates V – Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt der Stadt Köln zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023  
4259/2022**

**IRM Turan Özkücük** kritisiert, dass die Verteilung und die damit verbundene Mühe den kleinen Vereinen aufgebürdet werde, die damit überfordert seien. Er schlägt vor, in diesem Zusammenhang zu fordern, dass die Mittelverteilung durch die Verwaltung pauschal und entsprechend den bisherigen Ausgaben erfolge.

**Das beratende Mitglied Claus-Ulrich Pröiß** merkt an, dass die Wortwahl, eine Voraussetzung der Förderung sei „vollumfänglich“ aus kommunalen Mitteln zu erfolgen, missverständlich sei. Zudem weist er darauf hin, dass die Anträge nach Posteingang bearbeitet werden bis die Zuwendungsmittel aufgebracht seien.

**RM Lukas Erkelenz** hebt hervor, dass das hier umgesetzte Prinzip ungerechtfertigt wie auch ungerecht sei. Insgesamt schein das Prozedere unübersichtlich zu sein, deshalb werde die CDU ohne Votum stimmen, mit dem Wunsch, hierzu weitere Informationen in den nachfolgenden Ausschüssen zu bekommen.

**Die Verwaltung, Bettina Baum**, erläutert zunächst die Genese dieses Förderprogramms. Die habe für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 jeweils 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um Trägern und Organisationen zu ermöglichen, einen Teil der entstandenen erhöhten Energie- und Personalkosten, die jetzt akut entstanden seien,

zu kompensieren. Das sei so in etwa das Volumen, das aus Bereichen wie Sportintegration, Kinder, Jugend, Soziales, an freiwilligen Leistungen für die Stadtverwaltung erbracht werde.

Es sei vereinbart worden, dass die Träger 5 % auf den jeweiligen kommunalen Förderbetrag für den jeweiligen Förderzweck als Teilkompensation der erhöhten Energie- und Personalkosten bekommen sollen. Es stehen 5 Millionen Euro zur Verfügung, die für eine Kölner Trägerlandschaft bereitgestellt werden, die, so habe es die Verwaltung im Vorfeld errechnet, ungefähr 90 Millionen Euro kommunale Fördergelder erhalte. Gemeinsam mit der Sozialverwaltung sei es gelungen, ein relativ unkompliziertes Förderprogramm zu entwickeln, das eine einfache Antragsstellung ermögliche. Die Förderung bzw. die Förderhöhe beziehe sich ausschließlich auf den kommunalen Anteil. Zum Thema „Wer zuerst kommt, malt zuerst“ müsse die Verwaltung einen Umgang finden. Deshalb sei die Idee, dass alle Vorlagen der Verwaltung im Bereich Sport, Kultur, Kinder und Jugend, Soziales, Integration und Vielfalt, gleichzeitig in die Ausschüsse gehen möglichst gleichzeitig beschieden werden sollen.

**IRM Ahmet Edis** bedankt sich für die hilfreichen Ausführungen und plädiert dafür den Beratungsprozess nicht aufzuhalten. Er macht darauf aufmerksam, dass von diesem Strukturförderfond auch die interkulturellen Zentren profitieren.

**IRM Turan Özkücük** regt an, über einen Änderungsvorschlag abzustimmen. Die Vorlage müsse so geändert werden, dass die Prozedur der Antragstellung entfalle. Das begründe sich aus dem Verwaltungsaufwand der sowohl für die Verwaltung als auch für die Träger bestehe, die Gelder bekommen sollen. Die Unterlagen seien anhand der Abrechnungen des letzten Jahres vorhanden, sodass die Verwaltung anhand dieser Angaben bestimmen könne, welchem Träger welche Summe aus dem Strukturförderfonds zu stehe.

**Die Verwaltung, Bettina Baum**, erläutert, dass der vorgeschlagene Weg einer pauschalen Förderung dem Ratsbeschluss zur Verfügungstellung dieser 5 Millionen Euro widersprechen würde. Der Beschluss beinhalte, dass die Verausgabung an Träger bedarfsorientiert ausbezahlt werden müsse. Die Bereitstellung der Mittel durch den Rat sei an die Bedingung geknüpft, dass es eine bedarfsorientierte Förderung sei und diese müsse jeweils geprüft werden.

**RM Katja Hoyer** hebt hervor, dass die zu fördernden 5 % seitens der Träger belegt werden müssen. Die damit einhergehende Prüfung drohe zu einem bürokratischen Monster zu werden. Das Anliegen, die Menschen hier zu unterstützen, sei ein Gutes, aber die Umsetzung sei zu komplex.

**Der Vorsitzende Tayfun Keltok** schlägt vor, dass im Sinne der jetzt erhaltenen Informationen die Ratsmitglieder in den weiteren Ausschüssen darauf Einfluss nehmen bzw. die Inhalte dieser Diskussion mitnehmen sollen, um entsprechende Lösungen zu finden.

### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren und der Gesundheitsausschuss beschließen –jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich- das „Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds“ des Dezernates V - Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt im Dezernat der Oberbürgermeisterin und beauftragen die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2023 werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen wie folgt zur Verfügung gestellt:

Dezernat V - Soziales, Gesundheit und Wohnen:

1.970.000 €

Dezernat der Oberbürgermeisterin – Amt für Integration und Vielfalt:

285.000 €

2.255.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei einer Enthaltung und drei Gegenstimmen.

Die im Integrationsrat vertretenen Fraktionen haben nicht an der Abstimmung teilgenommen.

**8.5 Änderung der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren – hier: Anlage 4 (Förderungshöhe) 4268/2023**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die Höhe der Förderbeträge in den drei festgelegten Kategorien zur finanziellen Stärkung der Interkulturellen Zentren in Köln ab 01.01.2023 entsprechend beigefügter Anlage anzupassen.

Mit Beschluss des Haushaltsplans 2023/2024 des Rates vom 10.11.2022 wurde ein höheres Budget zur Förderung der Interkulturellen Zentren ab 2023 festgelegt.

Die Anlage 4 der am 26.09.2019 vom Rat beschlossenen Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren (VorlagenNr. 1909/2019/1) wird durch die Anlage dieser Vorlage ersetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**8.6 Verteilung der Mittel zur Förderung von anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2023 4287/2023**

**Der Vorsitzende Tayfun Keltek** informiert, dass die Abstimmung über die Verteilung der Mittel vom Integrationsrat abschließend zu beschließen sei.

**IRM Lisa Khan** grüßt im Auftrag aller 42 Zentren und dankt den Mitgliedern des Integrationsrates und insbesondere auch an den Fraktionen, dass eine Erhöhung der Zuschüsse über den politischer Veränderungsnachweis vorgenommen wurde.

**RM Turan Özkücük** kommentiert, dass diese Vorlage zwar eine Auflistung enthalte, diese aber zugleich die Entscheidungsbefugnis des Integrationsrates respektiere. Der Vorlage könne aus diesem Grund zugestimmt werden, nämlich da der Integrationsrat alle diese Zentren einzeln geprüft und anerkannt habe, sodass diese Einrichtungen den Mitgliedern hinreichend bekannt seien.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat beschließt auf der Grundlage der 29. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 05.07.2022 und der Haushaltssatzung 2023/2024

über die Verwendung von Haushaltsmitteln in 2023 in Höhe von 761.733 Euro, zur Förderung von 43 Interkulturellen Zentren in Köln gemäß Anlage 2.

Die Förderbeträge für die einzelnen Zentren sind abhängig von der Einstufung in Förderkategorien und festgelegt in der Richtlinie über die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren (Anlage 4 der Richtlinie). Über eine Änderung der Richtlinie soll der Rat am 09.02.2023 entscheiden (Vorlage 4268/2023). Der Beschluss des Integrationsrates erfolgt somit vorbehaltlich der Zustimmung des Rates am 09.02.2023 zur Änderung der Richtlinie auf Grund der angepassten Förderbeträge.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei einer Enthaltung.

**9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**Die Verwaltung, Christina Boeck**, sagt eine schriftliche Beantwortung eines von IRM Alparslan Babaoglu-Marx vorgestellten Einzelfalls zu und der Klärung, ob es eines zusätzlichen Antrages auf Arbeitserlaubnis bedürfe, wenn die Person bereits mit einem Arbeitssuche-Visum arbeitssuchend sei.

**IRM Lisa Khan** fragt die bzgl. des weiteren Verfahrens zu Chancenbleiberecht, ob auf der Homepage die Anträge gefunden werden können bzw. wer dabei angesprochen werden könne, diese Informationen seien für die Beratungsstellen sehr wichtig.

**Die Verwaltung, Christina Boeck**, beantwortet eine Frage des IRM Lisa Khan, dass der Antrag auf einen Chancenbleiberecht formlos per E-Mail mit Angaben von Name, Vorname sowie Geburtsdatum gestellt werden könne. Alle theoretisch in Frage kommenden Fälle seien bei der Ausländerbehörde schon gesichtet worden und die Verwaltung warte jetzt auf die Anträge. Mit den Erteilungen eines Chancen Aufenthaltsrechts könne leider noch nicht begonnen werden, da die technischen Voraussetzungen noch nicht gegeben. Dies sei ein bundesweites Problem.

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**1 Mitteilungen**

**1.1 2. Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen  
3829/2022**